

BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P: Wilhelm Benz

BLICKPUNKT Nr. 01

April 2015

Jahrgang 44

Verletzung der kommunalen Selbstverwaltung

Dem schon fertig verhandelten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) und Positionspapieren zu TTIP ist zu entnehmen, dass Vorstöße beinhalten sind, die das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung verletzen und dadurch Gestaltungs- und Regulierungsfreiheiten der Kommunen unumkehrbar einschränken. Die öffentliche Daseinsvorsorge wird noch stärker unter Liberalisierungsdruck geraten.

Konkrete Auswirkungen der Abkommen auf die kommunale Demokratie:

- Re-Kommunalisierungsverbote, sie frieren das Niveau der Liberalisierung ein und machen es zum Vertragsbruch, einmal privatisierte Dienstleistungen wieder ausschließlich kommunal zu organisieren.
- Aufgrund der Klagemöglichkeit von Konzernen können kommunale Maßnahmen wie eine Mietbremse oder Vereinbarungen über Sozialchartas oder auch kommunale Ausgleichszahlungen an die Träger der freien Wohlfahrtspflege, Krankenhäuser oder gemeinnützige Wohnungsgesellschaften zu Klagen vor internationalen Schiedsgerichten und zu Schadensersatzzahlungen führen.
- Ausschreibungspflichten bei öffentlichen Projekten werden ab bestimmten Schwellenwerten EU-USA-weit gelten. Dadurch wird es erschwert, bei Entscheidungen über den Zuschlag neben der Preishöhe ökologische und soziale Kriterien geltend zu machen und die regionale Wirtschaft zu stärken.

Diese und weitere Eingriffe in die kommunale Demokratie sind vehement abzulehnen und erfordern ein aktives Einwirken des Gemeinderates und des Oberbürgermeisters zur Verhinderung der geplanten Maßnahmen bei TTIP, bei CETA und TiSA.

Die Abkommen betreffen sehr viele Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens und sind so gut wie unumkehrbar.

Immer mehr Gemeinderäte in Deutschland sprechen sich gegen die geplanten Handelsabkommen aus. Jedoch in Heidenheim sagt OB Ilg, dies ist „keine kommunale Angelegenheit“ und wird deshalb nicht verhandelt!



Mehr Streit als Einigkeit

Ein gut informierter Insider, der ungenannt bleiben will, hat dem „Stop TTIP“-Bündnis einen Bericht zugespielt, der interessante Details zu den TTIP-Verhandlungen enthält.

„Die öffentlichen Dienstleistungen sind ein sehr vielschichtiges Thema, wobei entgegen der verbreiteten öffentlichen Meinung in Europa es die EU-Kommission ist, die weitaus offensivere Marktöffnungsinteressen für den US-Markt hat als umgekehrt.“

Während die US-Seite in EU-Regulierungspläne frühzeitig (vor dem Europaparlament, EP) eingebunden werden möchte und dies auch für US-Industrielobbys wünscht, lehnt sie das umgekehrt für den US-Kongress kategorisch ab.“

„Die EU will ein Energiekapitel und damit die US-Exporteinschränkungen für fossile Energien, vor allem Flüssiggas und Rohöl, überwinden – und genau das lehnen die USA bisher ab. Das Weiße Haus steht in dieser Frage auch unter erheblichem Druck der US-Industrie, die solche Exporte nicht will.“